Glauber: Grün statt Grau – Umweltminister senden klares Signal für mehr Arten- und Klimaschutz

10. Mai 2019

Als Reaktion auf den aktuellen Bericht des Biodiversitätsrats sollen weitergehende Maßnahmen für mehr Artenschutz ergriffen werden. Außerdem sollen mit stärkeren Akzenten im Baurecht und einer neuen Kampagne wertvolle neue Flächen für die Artenvielfalt gewonnen und Verbesserungen beim Klimaschutz in Städten erreicht werden. Das beschlossen die Umweltminister bei ihrer aktuellen Konferenz auf Vorschlag unter anderem des Freistaats. **Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber** betonte dazu: „Wir wollen die Trendumkehr beim Artenschwund schaffen. Der Bericht des Biodiversitätsrats zeigt: Es ist dringend notwendig, das globale Artensterben stärker in den Fokus zu nehmen. National und international müssen Maßnahmen ergriffen werden, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu begrenzen. Wir dürfen unseren Kindern keine Welt hinterlassen, die Artenvielfalt nur noch in Büchern bieten kann. Bayern geht mit gutem Beispiel voran. Das Volksbegehren Plus ist ein entscheidender Schritt, den Artenschutz mit vielfältigen Maßnahmen auf Spitzenniveau zu heben. Und es zeigt: Artenschutz geht jeden an. Eine neue bundesweite Kampagne soll an alle Menschen appellieren, sich auch zu Hause gegen den Artenschwund und für unsere Natur einzusetzen.“ Die Umweltministerkonferenz hat die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, zeitnah das angekündigte Aktionsprogramm Insektenschutz zu veröffentlichen und zügig mit ausreichenden finanziellen Mitteln umzusetzen. Nach dem Beschluss der Umweltminister soll der Bund außerdem eine Informationskampagne vorbereiten, die Grundstücksbesitzer darüber aufgeklärt, wie sie ihre Gärten insektenfreundlich gestalten können. Um für dieses Thema auch auf Landesebene zu werben, bereitet das Umweltministerium im Rahmen des „Blühpakts Bayern“ aktuell ebenfalls entsprechende Informationsangebote für Gartenbesitzer vor.

Auch neue Instrumente im Bereich des Baurechts sollen die Artenvielfalt stärken und gleichzeitig dafür sorgen, dass Klimaschutzgedanken bei der baulichen Entwicklung der Städte noch stärker als bisher berücksichtigt werden. „Wir brauchen neue Anreize vom Bund, um Bauen in der Stadt nachhaltiger, moderner und ökologischer zu machen. Die Stadt der Zukunft benötigt eine funktionierende grüne Infrastruktur. So verknüpfen wir in Zeiten des Klimawandels den Artenschutz mit den Anforderungen an eine hohe Lebensqualität für die Menschen. Wir wollen die Kommunen bei dieser zentralen Herausforderung unterstützen“, so Glauber. Ein wesentlicher Punkt dabei ist es, Grün- und Wasserflächen zu erhalten und zu entwickeln sowie Flächen freizuhalten, um Starkregen abzuleiten.

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers